

Aus: Neues Deutschland vom 3. Sept. 2004

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=59042&IDC=10>

GEMEINSAM, STATT GEGENEINANDER

Von Sascha Kimpel

Die Unternehmerverbände und die neoliberale Einheitspartei aus CDU-FDP-SPD-Grüne sind sich einig: Der Sozialstaat und die damit verbundenen sozialen Rechte der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen sollen der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und höheren Profiten geopfert werden. Unter den etablierten Parteien gibt es wegen der Konkurrenz allenfalls unterschiedliche taktische Erwägungen, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Und dort, wo die PDS mitregiert, setzt auch sie diese Politik mit um.

Wie schwierig es dagegen für die wachsende soziale Bewegung gegen die Agenda 2010 ist, gemeinsam zu handeln, zeigen die Proteste gegen Hartz IV seit Anfang August. Mittlerweile sind in über 200 Städten jede Woche an die 200 000 Menschen auf der Straße. Aufgrund der geringeren Teilnehmerzahlen im Westen kann der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) jedoch den blanken Sozialneid schüren, indem er behauptet, der Sozialabbau im Westen sei die Folge von Transferleistungen nach Ostdeutschland. Andere Politiker behaupten wahrheitswidrig, Sozialhilfeempfängern würden ab dem 1. Januar 2005 mehr in der Tasche haben oder versprechen die Halbierung der Erwerbslosigkeit.

Diese Argumente haben unter anderem den Zweck, die vorhandenen Spaltungslinien innerhalb der Protestbewegung zu vertiefen und ein einheitliches Handeln zu erschweren. Um die Dynamik der Proteste zu verstärken und den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, müssen deshalb diese Gräben überwunden werden. So müssen im Westen die Mobilisierungsanstrengungen massiv verstärkt werden. Die Mehrheit der im Westen noch stärkeren Gewerkschaftsapparate und Betriebsräte behindern dies bisher aktiv. Die Gewerkschaften müssten jetzt genauso stark wie zum europaweiten Protesttag am 3. April mobilisieren. Die Betriebe dürfen davon nicht ausgenommen werden. Doch Sommer, Peters und Bsirske halten sich trotz aller verbalen Bekundungen zurück - und zementieren damit die Spaltung in Erwerbslose und abhängig Beschäftigte im Westen.

Um den Versuch der Beteiligung von Nazis an den Protesten abzuwehren, ist es nicht nur notwendig, diese aus den Demos zu drängen. Wir müssen auch die Einheit mit Flüchtlingen und Migranten herstellen. Denn es wäre fatal, wenn die ansteigende Wut gegen die Regierung sich als nächstes durch Sozialneid-Argumente gegen "Ausländer" richtet. Leider unternehmen aber auch die Flüchtlings- und Migrantenorganisationen bisher zu wenig, um einheitliches Handeln möglich zu machen. Die Einheit zwischen Männern und Frauen gegen Hartz IV klappt da schon besser. Während das Bild der Demonstrationen jedoch vor allem von Menschen über 45 Jahren geprägt ist. Hartz IV hat aber gerade für die unter 25-jährigen rasch negative Auswirkungen.

Es ist ganz normal, dass es unter den Akteuren der Bewegung Streit über die nächsten Schritte, Forderungen und politischen Aussagen gibt. Ziel aller muss es jedoch sein, die Einheit über gemeinsame Aktionen, wie Demonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen und zivilen Ungehorsam herzustellen. Nur durch Handeln, und nicht über Papierkriege, kommen wir voran.

Problematisch und geradezu kontraproduktiv wird es jedoch, wenn ein Akteur der Bewegung für sich beansprucht, mehr Rechte als andere zu haben. So wenn beispielsweise der DGB am 3. April für sich die Führungsrolle beansprucht. Oder wenn die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) in Berlin und bundesweit versucht, die Führung der Bewegung an sich zu reißen. Udemokratisches und bürokratisches Vorgehen darf nicht hingenommen werden.

Gefährlich für die Bewegung wird es auch, wenn die eine Hand etwas anderes macht als die andere. So kann sich der von der Straße ausgehende Druck auf Rot-Grün wegen der Mit-Umsetzung von Hartz IV durch die PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin nicht voll entfalten. Die Kritik an der Inkonsequenz der demokratischen Sozialisten ist daher richtig.

Über diese und andere Widersprüche, über den besten Weg, um Hartz 4 zu Fall zu bringen, muss offen diskutiert werden. Alleinvertretungsansprüche sowie an den Interessen der jeweils eigenen Organisation ausgerichteten Intervention in die Bewegung sind jedoch schädlich für die Dynamik und die Offenheit der Protestbewegung. Wenn wir Hunderttausende am 2. Oktober in Berlin auf die Straße bekommen wollen, ist die Einheit aller, die Hartz IV kippen wollen, eine grundlegende Voraussetzung. Nur dann können wir der Regierung einen Strich durch die Rechnung machen - und nur dann besteht die Chance, aus dem Funken des Widerstandes einen sozialen Flächenbrand zu entfachen. Denn es muss noch viel mehr passieren - um die Tarife zu verteidigen, die geplanten Arbeitszeitverlängerungen abzuwehren und die Arbeitsplatzvernichtung durch Hartz IV zu bekämpfen.

Millionen können dann mächtiger als Millionäre sein. Und nur so kann Schröder gestoppt werden.

Sascha Kimpel ist engagiert im Berliner Sozialbündnis. Er ist einer der Presseverantwortlichen für das Berliner Aktionsbündnis „Hartz IV muss weg!“ (www.montagsdemoberlin.de) Die hier vertretene Position ist die persönliche Meinung des Autors.